

DISKURSIVE KONSTITUTION VON SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM AM BEISPIEL FRANKFURT AM MAIN

Annika Mattissek

Einleitung

Das Thema öffentliche Sicherheit und die politisch-planerischen Möglichkeiten, diese zu erlangen, erhitzen die Gemüter in vielen tagespolitischen Diskussionen und führen zu sehr kontroversen Positionierungen. Für die einen sind „innere Sicherheit und öffentliche Ordnung [...] unverzichtbare Grundwerte, die ein friedliches Zusammenleben ohne Angst vor Gefährdungen und Belästigungen erst ermöglichen. Sie sind Voraussetzung für das soziale und wirtschaftliche Gedeihen einer Stadt und für die Lebensqualität ihrer Bürger“ (CDU Frankfurt a.M. o.J.: 13). Andere kritisieren hingegen die „Profitorientierung sozialer Kontrolle“ (Beste 2000), die nur dazu diene, (egoistische) wirtschaftliche Verwertungsinteressen durchzusetzen.

Ein Konfliktfeld, in dem die verschiedenen Positionen besonders deutlich aufeinander prallen, ist die anhaltende Diskussion um und zunehmende gemeinsame Thematisierung von (öffentlicher) Sicherheit und Sauberkeit. Gerade die gemeinsame Artikulation dieser beiden Begriffe lässt sich dabei als Hinweis darauf deuten, dass sich in der Sicherheitsdebatte mehrere Themenfelder überlagern: Denn zum einen wird Sauberkeit – der „Broken-Windows-Theorie“ folgend – als „Vorstufe zur öffentlichen Sicherheit“ (Städtetag Nordrhein-Westfalen 1998) gesehen, zum anderen aber auch die Bedeu-

tung des äußeren Erscheinungsbildes der Stadt, häufig umschrieben durch die Schlagworte Sicherheit und Sauberkeit, für die Attraktivität und Standortwerbung betont. Im Gegensatz dazu wird aus einer kritischeren Perspektive heraus gerade dieser inflationäre Gebrauch von Sicherheit in der öffentlichen Diskussion als Ausdruck neoliberaler Stadtpolitik interpretiert, die auf Kosten allgemeiner Bürgerrechte (etwa durch Platzverbote etc.) und unter Berufung auf die Zwänge globalisierter Standortpolitik die Interessen privatwirtschaftlicher Akteure bedient (vgl. Beste 2000; Ronneberger et al. 1999).

Die Widersprüchlichkeit und Umkämpftheit des Sicherheits-Begriffs machen diesen zu einem spannenden Feld für diskursanalytisches Arbeiten, welches sich zum Ziel setzt, die Mechanismen und Strukturen von Sinnproduktion offen zu legen. Interessant für *geographische* Arbeiten ist das Thema in zweierlei Hinsicht. Zum einen lässt sich hier nahezu exemplarisch zeigen, dass Raum gesellschaftlich konstruiert ist. Die Art und Weise wie über Räume, bestimmte Raumausschnitte und bestimmte Elemente des Raumes gesprochen wird, wird durch Formen des Sprechens und Handelns in einer Gesellschaft ständig neu ausgehandelt. Im Beispiel steht die Frage im Vordergrund, wie Räume durch die An- bzw. Abwesenheit bestimmter sozialer Gruppen als „sicher“, „sauber“, „attraktiv“ o.Ä. konnotiert werden bzw. mit welchen räumlichen Ausdrucksformen diese Begriffe verknüpft sind. Darüber hinaus macht die lange Forschungstradition der Geographie, die sich mit menschlichem Handeln im Raum und dessen Erscheinungsformen beschäftigt hat, diese besonders kompetent für die Untersuchung der *Materialität* von Diskursen (auch wenn die Interpretation menschlicher Handlungen sich aus poststrukturalistischer Perspektive entscheidend wandelt). Formen der alltäglichen Raumaneignung und menschliches Handeln im Raum werden in dieser Sichtweise als Artikulationen verstanden, die – genau wie sprachliche Äußerungen – sowohl Ausdruck diskursiver Strukturen sind, als auch diese beständig neu (re-)produzieren.

Im vorliegenden Beitrag wird die Debatte um Sicherheit und Sauberkeit in Frankfurt a.M. in den letzten Jahren mit Hilfe eines diskursanalytischen Instrumentariums untersucht.

Der konzeptionelle Bezug auf die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe dient hierbei als Rahmen, um das Thema aus einer poststrukturalistischen Sichtweise zu betrachten und der momentan geführten Debatte in den Sozialwissenschaften einige zusätzliche Aspekte hinzuzufügen. Ein besonderer Fokus wird hierbei auf die Frage der gesellschaftspolitischen Implikationen der gewählten Sichtweise in Abgrenzung zu strukturalistischen (marxistischen) oder handlungstheoretischen Ansätzen gelegt. Dies geschieht insbesondere vor dem Hintergrund, dass poststrukturalistischen (postmodernen) Ansätzen häufig vorgeworfen wird, sie seien beliebig und unpolitisch. Das gewählte Theoriekonzept hat jedoch einen dezidiert politischen Anspruch und wurde auch und gerade als (normative) Stellungnahme zu aktuellen gesellschaftlichen Problemstellungen entworfen.

Der Beitrag gliedert sich in die folgenden Abschnitte: Zunächst wird eine Einführung in das Fallbeispiel und die Entwicklungen der Sicherheitsdebatte in Frankfurt a.M. gegeben. Darauf folgt ein kurzer Überblick über gängige Deutungsmuster der Sicherheitsdebatte in Frankfurt a.M. und darüber hinaus. In einem nächsten Schritt werden die für die Interpretation relevanten Grundzüge der Laclau und Mouffe'schen Diskurstheorie vorgestellt, die das Rüstzeug bieten, um im darauf folgenden Kapitel die empirischen Ergebnisse einer Medienanalyse der Frankfurter Rundschau zu interpretieren. Abgeschlossen wird der Beitrag durch einige Thesen zur politischen Relevanz des vorgestellten Konzeptes.

Sicherheitswahrnehmung in Frankfurt am Main

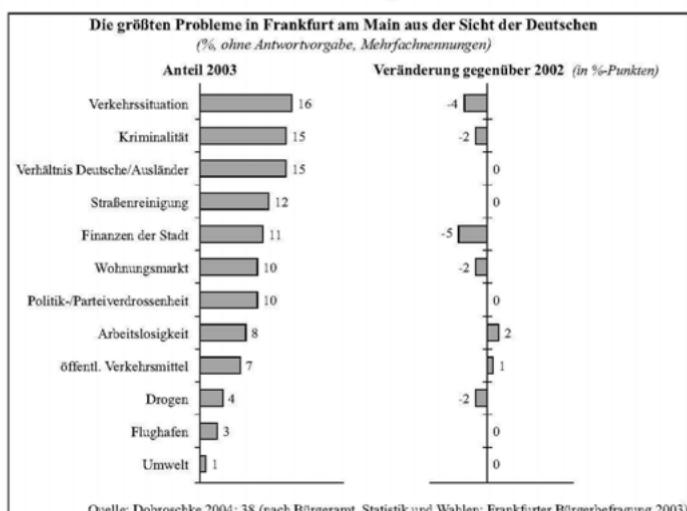
„Taschendiebstähle, Belästigungen, Rempeleien sind an der Tagesordnung. Eine in der Regel unterbesetzte Polizei muß oftmals tatenlos zusehen, wenn Rauschmittel angeboten, verkauft und konsumiert werden. ‚Schwarze Sheriffs‘, eine private Sicherheitspolizei, patrouillieren durch die Stadt,

bezahlt von Einzelhändlern, die sich um ihre Kundschaft sorgen“ (Müller-Urban 2001 in DuMont-Reise-Taschenbuch Frankfurt a.M.: 13).

Frankfurt a.M. – ein gefährliches Pflaster? Eine Stadt in der Hand von Kriminellen, denen eine hilflos überforderte Polizei gegenübersteht? Das Image Frankfurts als Kriminalitätshochburg innerhalb Deutschlands hält sich beständig und wird anscheinend durch einen alljährlichen Spitzenplatz auf der Rangliste der am stärksten mit Kriminalität belasteten Städte über 100000 Einwohner bestätigt, auch wenn diese Statistik aufgrund des hohen Einpendleranteils Frankfurts und des internationalen Flughafens mit einiger Vorsicht zu genießen ist (vgl. Bundeskriminalamt Wiesbaden 2003).

Auch in der Wahrnehmung der Frankfurter Bevölkerung waren Kriminalität und öffentliche Sicherheit lange Zeit das mit Abstand dominierende Thema bei den innerstädtischen

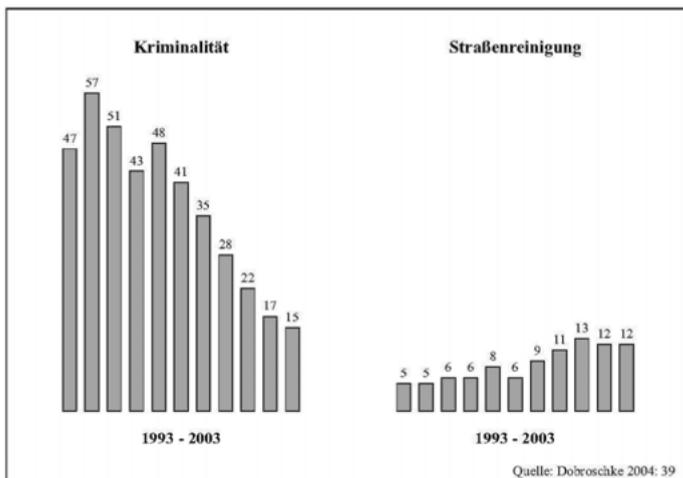
Abbildung 1: Problemfelder in Frankfurt a.M. aus Sicht der deutschen Bevölkerung



Problemfeldern. In einer Bürgerbefragung ermittelt die Stadt Frankfurt a.M. alljährlich, was aus der Sicht der Befragten die größten Probleme in der Stadt sind (ohne Antwortvorgabe). Die Antwortkategorie „Kriminalität/öffentliche Sicherheit“ wurde hierbei während der letzten Dekade regelmäßig am häufigsten genannt (vgl. Dobroschke 2004). Allerdings ist dieser Trend in den letzten Jahren stark rückläufig: zwar liegt „Kriminalität“ mit 15 % der Nennungen bei der Befragung im Jahr 2003 noch immer auf Platz 2 der Probleme (nach der Verkehrssituation, vgl. Abbildung 1), doch ist dieser Wert im Vergleich zu früheren Jahren deutlich gesunken und hat sich seit Mitte der 1990er Jahre auf fast ein Viertel verringert (vgl. Abbildung 2).

Trotz dieses vermeintlich rückläufigen Problembewusstseins der Bevölkerung ist die öffentliche Sicherheit ein Thema, das gerade in den letzten Jahren in der öffentlichen und kom-

Abbildung 2: Entwicklung der Wahrnehmung der Problemfelder „Kriminalität“ und „Straßenreinigung“ in Frankfurt a.M., 1993-2003



munalpolitischen Diskussion Konjunktur hat. Dies zeigt sich in allfälligen Absichtserklärungen von Politikern unterschiedlicher Schattierungen, die sich in der Forderung nach mehr Sicherheit für die Bevölkerung ungewohnt einig sind, wie auch in der anhaltenden Präsenz des Themas in den Lokalmedien.

Allerdings scheint in diesen Diskussionen die genaue Bedeutung des Begriffs „Sicherheit“ immer mehr zu verschwinden und zu einem allgemeinen Schlagwort zu werden, das stellvertretend für eine Vielzahl von Assoziationen und Begriffen steht. Anzeichen hierfür sind häufig geäußerte Forderungen danach, „Sicherheit und Ordnung“ oder „Sicherheit und Sauberkeit“ zu verbessern, ohne dass jeweils genauer spezifiziert würde, was hiermit gemeint ist. Parallel hierzu zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der „Sauberkeit“ einen immer höheren Stellenwert sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in der politischen Kommunikation einnimmt. Anzeichen hierfür sind städtische Maßnahmen und Aktivitäten wie die Initiative „Sauberes Frankfurt“¹ und die Ergebnisse der Bürgerbefragung 2003. So ist im Gegensatz zum Themenfeld „Kriminalität/öffentliche Sicherheit“ der Punkt „Straßenreinigung“ in der Bewertung durch die Bürger in den letzten Jahren immer stärker in den Vordergrund gerückt und belegte im Jahr 2003 in der Problemstufskala Platz 4 (vgl. Abbildungen 1 und 2).

Charakteristisch für die öffentliche Debatte um „Sicherheit“ und „Sauberkeit“ ist nun, dass beide Themen häufig zusammen artikuliert werden und der Ruf nach „Sicherheit und Sauberkeit“ zum immer wiederkehrenden Muster der Kommunikation wird. So fordert etwa die SPD im Kommunalwahlkampf 2001, die Stadt Frankfurt a.M. müsse „in bessere Bildung, mehr Sauberkeit und Sicherheit und kulturelle Highlights investieren. Ein attraktiverer Standort ist wichtig für die

1 Ziel der Initiative „Sauberes Frankfurt“ ist es, das Erscheinungsbild der Stadt in Bezug auf Sauberkeit zu verbessern. Maßnahmen umfassen „die beschleunigte Beseitigung wilder Müllablagerungen, die Bekämpfung von Graffitis und Schmierereien, aber auch [...] eine grundsätzliche Neugestaltung der Reinigungssituation in der Stadt“ (Internetseite der Stadt Frankfurt, www.frankfurt.de/sis, 1.6.2005).

Wirtschaft und das Lebensgefühl der Menschen“ (FR 05.03.2001) und die Oberbürgermeisterin Petra Roth skizziert Frankfurt als „sauber, sicher, attraktiv, lebendig und pulsierend“ (FR 19.03.2002).

Die beschriebene Aufweichung des Begriffs der öffentlichen Sicherheit und die zunehmende Artikulation mit anderen Phänomenen wie Sauberkeit, aber auch Vandalismus, Graffiti, „Herumlungern“ bestimmter Personengruppen (Obdachlose, Punker, Jugendliche), sind Phänomene, die keinesfalls auf Frankfurt a.M. beschränkt sind, sondern in der sozialwissenschaftlichen Debatte seit Jahren thematisiert und kritisiert werden. Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über vorliegende Arbeiten zu dieser Problematik gegeben werden, der im Anschluss durch eine spezifisch poststrukturalistische Perspektive erweitert wird.

Die Debatte um Sicherheit im öffentlichen Raum als Thema der Sozialwissenschaften

In der (kritischen) sozialwissenschaftlichen Literatur wird die Diskussion um Sicherheit und Sauberkeit in Städten in eine generelle Entwicklung hin zur neoliberalen Stadtentwicklung eingeordnet, die die Bemühungen um attraktivere Innenstädte und die damit verbundenen repressiven Maßnahmen gegenüber Randgruppen und unerwünschten Szenen als Auswirkungen zweier parallel verlaufender Entwicklungen ansieht. Auf der einen Seite zieht sich der Staat immer stärker aus Versorgungs- und Steuerungsfunktionen zurück, wodurch die Gesellschaft zunehmend fragmentiert und polarisiert wird. Auf der anderen Seite lässt der gestiegene Wettbewerbsdruck der Städte untereinander die Pflege des Standortimages verstärkt in den Fokus von Stadtentwicklung und Kommunalpolitik rücken, die in ihren Bestrebungen von Interessensverbänden des Einzelhandels unterstützt werden. Zur Pflege dieses Standortimages gehört neben Marketingkampagnen und Kundenorientie-

tierung insbesondere die Schaffung einer für den Besucher bzw. Konsumenten angenehmen Atmosphäre – bei der bestimmte Personengruppen nicht ins Bild passen, etwa Obdachlose, Drogenabhängige oder Punker (vgl. Beste 2000; Ronneberger et al. 1999). Charakteristisch für den politischen Umgang mit diesen Gruppen ist, dass nicht mehr die Ursachen des jeweiligen Problems bekämpft werden, sondern nur die äußeren Auswirkungen, „es werden also nicht etwa Sucht und Armut bekämpft, sondern Süchtige und Arme“ (Belina 2003: 83).

Zur Legitimierung der Maßnahmen, die notwendig sind, um die Image schädigenden Gruppen aus dem Blickfeld zu verbannen, wird vielfach auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und die Gefährdung der Attraktivität des Standortes verwiesen. Als bekämpfenswert gilt unter Verwendung von Begründungsmustern, die zumindest implizit an die Broken-Windows-Theorie von Wilson/Kelling (1982) anschließen,² nicht mehr nur die tatsächliche Gefahr, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden, sondern zunehmend auch Situationen und Tatbestände, die weit unter der Kriminalitätsschwelle liegen (Verwahrlosung, Verschmutzung etc.; vgl. Wehrheim 2002). Diese sogenannten „Disorder“-Probleme (Beste 2000; Ronneberger et al. 1999: 139) werden zum bevorzugten Gegenstand einer ganzen Palette von Maßnahmen seitens der Städte und des Einzelhandels, und stellen in Frankfurt den Hintergrund der Projekte „Sauberes Frankfurt“ und „Präventionshelfer“³ dar. Es kommt also zu einer Loslösung des

- 2 Der Broken-Windows-Theorie zufolge können bereits kleine Anzeichen physischen Verfalls zu einer Abnahme sozialer Kontrolle und folglich zu mehr Kriminalität führen.
- 3 Die Stadt Frankfurt am Main beschäftigt im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Präventionshelfer, die die allgemeine Sicherheitssituation in der Stadt verbessern sollen. Das Aufgabenspektrum umfasst neben allgemeiner Präsenz und Hilfeleistungen für die Bevölkerung auch das „Erkennen von allgemeinen Missständen, mangelnder Sauberkeit oder Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (Internetseite der Stadt Frankfurt am Main, www.frankfurt.de/sis/, 01.06.2005).

Sicherheitsbegriffs von seiner ursprünglichen Bedeutung. Ermöglicht wird diese Entkoppelung dadurch, dass das Problem der Kriminalität als Problem des Raumes, das man schon am äußeren Erscheinungsbild erkennen kann, und nicht der Menschen im Raum formuliert wird (vgl. Belina 1999).

Die meisten sozialwissenschaftlichen Arbeiten zu dieser Problematik sind sich darin einig, dass der unterstellte Zusammenhang zwischen Sicherheit und Sauberkeit (bzw. den genannten weiteren Aspekten) nicht auf einer „tatsächlichen“ Kausalität beruht, sondern Produkt des interessengeleiteten Handelns ökonomischer Akteure bzw. Ausdruck der bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse ist. Sprachlich-kulturelle Deutungsmuster wie die genannten Zusammenhänge werden – klassisch-marxistischer Diktion folgend – als Ideologien interpretiert, derer sich Gruppen oder Klassen bedienen, um ihre spezifischen Interessen durchzusetzen (vgl. Belina 2003; Beste 2000).

Während der erstgenannte Punkt, die Betonung der *Kontingenz* bestimmter Sinnverkettungen, aus poststrukturalistischer Perspektive nur unterstrichen werden kann, ist der zweite Punkt, die Gleichsetzung von diskursiven Äußerungen mit „Ideologie“ als strategisches Instrument interessengeleiteter Akteure problematisch. Denn erstens wird in einer solchen Interpretation Ökonomie als unabhängig von gesellschaftlichen Sinngebungsprozessen, als absoluter Essentialismus gesetzt, zum anderen wird davon ausgegangen, dass in dieser Sphäre der Ökonomie über die bestehenden Besitzverhältnisse gesellschaftliche Akteure (Subjekte) konstituiert werden, die dann mit ihren (klassen-)spezifischen Interessen in die Gesellschaft und die politische Arena eintreten bzw. dort von gewählten Vertretern repräsentiert werden. Zur Erklärung dessen, warum dieser Sichtweise aus poststrukturalistischer Sicht widersprochen werden muss, dient eine Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Laclau und Mouffe.

Grundzüge der Laclau und Mouffe'schen Hegemonie- und Diskurstheorie

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe stellen 1985 mit „Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics“ ein Buch in erster Auflage vor, das marxistische Theorieentwicklung mit poststrukturalistischen Ansätzen verknüpft (Laclau/Mouffe 2001²). Ziel ihrer Ausführungen ist es, eine Theorie des Politischen und des Sozialen zu entwickeln, die eine Kritik und wissenschaftliche Konzeptionalisierung politischer Prozesse ermöglicht, ohne auf vorgängig vorhandene Strukturen oder den Mythos des „autonomen Subjekts“ zurückgreifen zu müssen, sondern vielmehr gerade aus der Kritik dieser Schemata neue Ansätze für politisches Handeln eröffnet.

Das marxistische Erbe der Arbeiten Laclau und Mouffes zeigt sich in erster Linie in dem Forschungsinteresse, bestehende (kapitalistische) Machtverhältnisse und Deutungsmuster zu hinterfragen. Allerdings geht dies mit einer sehr grundlegenden Kritik der marxistischen Annahme von „Klassensubjekten“ und des ökonomischen Determinismus marxistischer Theorien einher.

Mit Bezug auf Foucaults „Archäologie des Wissens“ verstehen Laclau und Mouffe Gesellschaft als diskursiv konstituiert. Die Maßstabsebene der Betrachtung stellt die diskursive Formation dar, die – Foucault (1973) folgend – durch die Regelmäßigkeit der Streuung von Aussagen charakterisiert ist.⁴

4 Der inflationäre Gebrauch des Diskursbegriffs in den vergangenen Jahren hat zu einer gewissen Konfusion der einzelnen Begrifflichkeiten geführt. In Anlehnung an Foucaults „Archäologie des Wissens“ (1973) verstehe ich im folgenden „Diskurs“ als den gesellschaftlichen Gesamtdiskurs, also als die Gesamtheit aller diskursiven Aussagen, die innerhalb einer bestimmten Zeit in einer Gesellschaft getätigten werden. Eine „diskursive Formation“ beschreibt hingegen eine kleinere Menge von Aussagen, die sich durch die ihr zugrunde liegenden Regelmäßigkeiten der Streuung auszeichnet.

Diese Regelmäßigkeit ist allerdings nicht von vorneherein gegeben (essentiell), sondern kann unterschiedliche Ausprägungen annehmen, die nicht von vorne herein festgelegt sind (ist also kontingent). „The discursive formation can [...] be seen from the perspective of the regularity in dispersion, and be thought, in that sense, as an ensemble of differential positions. This ensemble is not the expression of any underlying principle external to itself – it cannot, for instance, be apprehended either by a hermeneutic reading or by a structuralist combinatorics – but it constitutes a configuration, which in certain contexts of exteriority can be *signified* as a totality“ (Laclau/Mouffe 2001: 106).

Zentral ist an dieser Stelle, dass nicht nur gesellschaftliche Bedeutungen und Wahrheiten diskursiv produziert und daher kontingent und instabil sind, sondern dass dies auch für die bestehenden ökonomischen Strukturen und die Identitäten politischer Subjekte gilt, die allein durch relationale Abgrenzung bestimmt sind und sich erst durch Artikulation im Diskurs als politische Subjekte konstituieren. „Political identities are not pre-given but constituted and reconstituted through debate in the public sphere. Politics, we argue, does not consist in simply registering already existing interests, but plays a crucial role in shaping political subjects“ (ebd.: xvii).

Insbesondere – und hier liegt ein entscheidender Bruch gegenüber klassisch marxistischen Ansätzen – fällt damit auch die Annahme, es gäbe „Klassenidentitäten“, die durch ökonomische Besitzverhältnisse (und somit unabhängig von politischer Artikulation, d.h. nicht-diskursiv) gebildet werden und die dann in der Sphäre der Politik ihre klassenspezifischen Interessen vertreten. Kritisiert wird an dieser Annahme vor allem die deterministische und essentialistische Rolle, die ökonomischen Zusammenhängen für die Strukturierung der Gesellschaft zugeschrieben wird. Wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten werden somit als naturgegeben und unveränderlich verstanden und können nicht mehr als gesellschaftlich produzierte Phänomene hinterfragt werden. Im Gegensatz hierzu sehen Laclau und Mouffe auch die Ökonomie als diskursiv produziertes, hegemonial strukturiertes Regelsystem an, das in seiner Ausprägung kontingent und Gegenstand politisch-gesellschaft-

licher Aushandlungsprozesse und Machtkämpfe ist. „The space of the economy is itself structured as a political space, and [...] in it, as in any other ‚level‘ of society, those practices we characterized as hegemonic are fully operative“ (Laclau/Mouffe 2001: 76f.). „It is not the case that the field of the economy is a self-regulated space subject to endogenous laws; nor does there exist a constitutive principle for social agents which can be fixed in an ultimate class core; nor are class positions the necessary location of historical interests“ (ebd.: 85).

Um Missverständnisse zu vermeiden sollen an dieser Stelle zwei Punkte noch einmal betont werden:

1. Die Feststellung, dass auch die Sphäre der Ökonomie diskursiv konstituiert ist, impliziert keinesfalls, dass Wirtschaft keine (oder eine geringe) Bedeutung für andere gesellschaftliche Bereiche hätte. Die relative Bedeutung von Wirtschaft innerhalb der Gesellschaft ist zunächst völlig unabhängig von deren diskursiver Verfasstheit und hängt von den kontextspezifischen Verbindungen mit anderen gesellschaftlichen Bereichen ab (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 77).
2. Mit „diskursiver Verfasstheit“ ist nicht gemeint, dass diese rein sprachliche oder gedankliche Phänomene wären. Vielmehr sind in diskursiven Formationen sprachliche und nicht-sprachliche (materielle, institutionelle) Elemente untrennbar miteinander verbunden. Dies macht die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken obsolet. Das heißt *nicht*, es gäbe keine Welt, die außerhalb des Diskurses läge, sondern nur, dass sie – wenn sie denn existiert – keinerlei Bedeutung hat, bevor sie nicht diskursiv artikuliert wird. „The fact that every object is constituted as an object of discourse has *nothing to do* with whether there is a world external to thought, or with the realism/idealism opposition. An earthquake or the falling of a brick is an event that certainly exists, in the sense that it occurs here and now, independently of my will. But whether their specificity as objects is constructed in terms of „natural phenomena“ or „expressions of the wrath of God“, depends upon the structuring of a discursive field. What is denied is not that such objects exist externally to thought,

but the rather different assertion that they could constitute themselves as objects outside any discursive condition of emergence“ (Laclau/Mouffe 2001: 108).

Mit der Forderung danach, Gesellschaft im Allgemeinen und speziell ökonomische Prozesse als diskursiv produziert und kontingent zu verstehen, wird die Frage zentral, wie Deutungsmuster organisiert sind und welche gesellschaftlich-politischen Folgen sich daraus ergeben.

Im Mittelpunkt der Laclau und Mouffe'schen Theorie stehen diskursive Formationen, die gesellschaftliches Handeln strukturieren und die ständig neu verhandelt werden. Diese diskursiven Formationen werden durch die zwei komplementären Logiken der Äquivalenz und der Differenz bestimmt, die auf unterschiedlichen Formen der Abgrenzung zwischen Elementen beruhen. Unterschieden wird die Abgrenzung an „neutralen“ Grenzen und „antagonistischen“ Grenzen (Laclau/Mouffe 2001). Die neutralen Grenzen bezeichnen die Unterscheidung zwischen verschiedenen Elementen des gleichen diskursiven Systems: die Elemente sind verschieden insofern, als sich ihre Identität erst durch die Abgrenzung von den anderen Elementen herausbildet. Auf der anderen Seite sind all diese Elemente aber auch dadurch gekennzeichnet, dass ihre Identität innerhalb derselben diskursiven Formation gebildet wird. Sie sind also insofern äquivalent, als sie auf der gleichen Abgrenzung nach außen beruhen. „On the one hand, each element of the system has an identity only so far as it is different from the others: difference = identity. On the other hand, however, all these differences are equivalent to each other inasmuch as all of them belong to this side of the frontier of exclusion“ (Laclau 1996: 38). Diese Abgrenzung der diskursiven Formation nach außen wird als antagonistische Grenze bezeichnet.

Damit rückt die Frage in den Vordergrund, wodurch diese antagonistische Grenze der diskursiven Formation und der in ihr beheimateten Äquivalenzkette bestimmt wird. Die Abgrenzung nach außen bestimmt quasi die Verhandlungsbasis oder das gemeinsame Terrain, auf dem die diskursiven Abgrenzungsprozesse stattfinden. Die Ausbildung dieser grund-

legenden Trennlinie beruht darauf, dass Aspekte, die die Identität der inneren Elemente bedrohen, ausgeschlossen werden müssen. Im Kontext politischer Aushandlungsprozesse können für westliche Gesellschaften etwa nicht-demokratische Gesellschaftsmodelle als das „Außen“ des Diskurses gelten, denn erst die gemeinsame Berufung auf demokratische Grundprinzipien schafft die Basis für stattfindende Aushandlungsprozesse.

Die Grenzen dieses Systems des Ein- bzw. Ausschlusses werden symbolisiert durch „empty signifiers“ (leere Signifikanten, Laclau/Mouffe 2001). Die Aufgabe der empty signifiers ist es, die Äquivalenzrelation zwischen den Elementen des Systems zu verkörpern, d.h. die Abgrenzung nach außen zu symbolisieren. Sie sind quasi der kleinste gemeinsame Nenner der Elemente, die innerhalb des diskursiven Zusammenhangs enthalten sind. Je größer die Menge der Elemente innerhalb der diskursiven Formation, desto kleiner wird folglich deren gemeinsamer Nenner und desto unspezifischer muss auch der empty signifier werden – daher die Bezeichnung *empty signifier* als Ausdruck dessen, dass mit der Verkörperung einer Vielzahl von Elementen nach außen zwangsläufig eine Sinnentleerung des Vertreters einhergeht. Der empty signifier befindet sich also in einer ambivalenten Rolle: Auf der einen Seite hat er die „Ehre“, der Vertreter einer Gesamtheit disperser Elemente zu sein. Auf der anderen Seite wird dadurch seine eigene Identität entleert und geschwächt. „It is only by privileging the dimension of equivalence to the point that its differential nature is almost entirely obliterated – that is emptying it of its differential nature – that the system can signify itself as a totality“ (Laclau 1996: 39).

Entscheidend für die bestehenden Machtverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft ist nun die Frage, welches der Elemente die Rolle des „leeren Signifikanten“ einnimmt. Ausgangspunkt hierfür ist immer eine Situation, in der eine Vielzahl von Konflikten und Kämpfen bestehen, die sich in ihrer Art unterscheiden (different sind) aber gleich sind in ihrer Opposition gegen das System bzw. gegen einen Zustand, der in irgendeiner Form als mangelhaft, bedrohlich oder gar repressiv empfunden wird. Eine solche Situation kann sowohl innerhalb eines dikta-

torischen Regimes gegeben sein, wo eine Vielzahl politischer Interessen, die zunächst nicht viel miteinander zu tun haben, durch ihre Opposition gegenüber der Regierung geeint werden (vgl. Laclau 1990 am Beispiel Argentiniens), aber auch auf kleinerer Ebene, wenn etwa eine Reihe von zunächst unverbundenen Partikularinteressen (ökologisch, feministisch, pazifistisch) als politisch „grün“ gelten (vgl. Stavrakakis 2000).

In einer solchen Situation verkörpert jedes Element den Zustand der Unterdrückung gleichermaßen. Eines dieser (zunächst gleichberechtigten) Elemente muss nun empty signifier werden – eine machtgeladene Position, da mit ihr ein stückweit einhergeht, in welchem partiellen Anspruch die Opposition bzw. Abgrenzung gegenüber „Außen“ kulminiert – eine Stellung, die natürlich einen gewissen Vorsprung gegenüber all den anderen Ansprüchen beinhaltet. Diese Stellung bezeichnen Laclau und Mouffe als „hegemonial“. „This relation by which a particular content becomes the signifier of the absent communitarian fullness is exactly what we call a *hegemonic relationship*. The presence of empty signifiers – in the sense that we have defined them – is the very condition of hegemony“ (Laclau 1996: 43). Eine politische Gruppe oder ein politisches Partikularinteresse ist dann hegemonial, wenn es sich selbst als Symbol oder Repräsentant für eine möglichst große Anzahl weiterer Ansprüche etablieren kann.⁵ Hegemonie ist das, was in einem zunächst nicht verbundenen Ensemble divergierender Weltsichten und Ansprüche eine hierarchische Ordnung schafft.

Hiermit ist zunächst aber noch nicht geklärt, warum es keine vorgängig gegebenen und in sich geschlossenen politischen

5 Auf der anderen Seite wird durch die Repräsentation einer ganzen Äquivalenzkette gegenüber ihrem „Außen“ auch das, wogegen die Opposition besteht, unspezifischer, denn es vereint die „Negativa“ aller Elemente der Äquivalenzkette. „On the other hand, that which is beyond the exclusion delimiting the communitarian space – the repressive power – will count less as the instrument of particular differential repressions and will express pure anti-community, pure evil and negation“ (Laclau 1996: 42).

Subjekte geben kann. Dies wird allerdings schnell deutlich, wenn man berücksichtigt, dass politische Subjekte nicht nur *ein* persönliches, untrennbar mit ihnen verbundenes und naturengegebene Partikularinteresse besitzen, was es in der politischen Arena zu repräsentieren gilt, sondern dass soziale Akteure eine Vielzahl unterschiedlicher und zum Teil widersprüchlicher Ansprüche in sich vereinen, die die Ausbildung einer geschlossenen Identität verhindern. „A fragmentation of positions exists within the social agents themselves, and [...] these therefore lack an ultimate rational identity“ (Laclau/Mouffe 2001: 84). Die Ausbildung einer politischen Identität kann daher nur jeweils im Moment der Artikulation einer Subjektposition innerhalb einer diskursiven Formation erfolgen. Auch eine solche (vorübergehende) Aneignung einer Subjektposition, die zumindest kurzzeitig die Illusion eines geschlossenen „Ich“ ermöglicht, beruht ähnlich wie die Einheit der diskursiven Formation immer auf der Abgrenzung von einem unverfügbarer „Außen“, einem antagonistischen Gegenpol, der die Herausbildung der eigenen Identität verhindert (vgl. Zizek 1990).

Zusammenfassend lassen sich die folgenden zentralen Punkte festhalten:

- Gesellschaftliche Sinn- und Bedeutungsstrukturen sind *kontingent* und *diskursiv konstituiert*, d.h. sie lassen sich nicht auf eine extra-diskursive Ordnung oder Logik zurückführen, sondern werden durch diskursive Artikulationen beständig neu (re-)produziert.
- Insbesondere sind sowohl ökonomische Zusammenhänge als auch (politische) Subjekte nicht Ursache oder Urheber, sondern Effekt solcher diskursiver Strukturen.
- Diskurse werden strukturiert und hierarchisiert durch die Herausbildung von Äquivalenzketten, die auf einer Abgrenzung der diskursiven Formation nach außen beruhen und durch hegemoniale Knotenpunkte, sogenannte leere Signifikanten repräsentiert werden.
- Auch die Herausbildung politischer Subjekte basiert auf der Abgrenzung nach außen, der Spiegelung an einem unverfügbarer „Anderen“.

Im Folgenden soll nun versucht werden, die eingangs beschriebene Problemstellung im Lichte der Laclau und Mouffe'schen Diskurstheorie neu zu re-interpretieren.

Sicherheit in Frankfurt am Main als hegemoniales Produkt diskursiver Artikulation

Als Basis für die Interpretation dient eine Medienanalyse des Lokalteils der Frankfurter Rundschau in Bezug auf den Sicherheitsbegriff, die durch den Einbezug weiterer Textmaterien ergänzt wurde. Für die Untersuchung wurden aus drei Jahrgängen (2001-2003) im digitalen Zeitungsarchiv der FR alle Texte ausgewählt, in denen das Thema „Sicherheit in Frankfurt“ vorkam.⁶ Die so ausgewählten 441 Texte wurden in das Datenanalyse-Programm Maxqda2 eingelesen und nach ihrer Relevanz sortiert: Begriffe, die nichts mit öffentlicher Sicherheit zu tun haben, wie etwa die Formulierungen „mit Sicherheit wird etwas geschehen“ oder „ich bin mir sicher, dass [...]“ wurden nicht berücksichtigt. Begriffe, die zwar mit öffentlicher Sicherheit zu tun haben, jedoch diese nicht direkt thematisieren, wie etwa „private Sicherheitsdienste“, „Sicherheitsdezernenten“, „Sicherheitsausschuss“ etc. wurden mit niedriger Relevanz codiert. Die restlichen 292 Nennungen, die öffentliche bzw. innere Sicherheit in Frankfurt a.M. zum Thema hatten, gingen in die engere Analyse ein. Ziel war es, einen Überblick darüber zu erlangen, in welchen sprachlichen Zusammenhängen der Begriff „Sicherheit“ verwendet wird und zu überprüfen, ob und wie eine diskursive Verkoppelung mit Sauberkeit und ähnlichen Begriffen zustande kommt.

6 Nicht berücksichtigt wurden Naturrisiken (Hochwasser, umstürzende Bäume etc.), Verkehrssicherheit und Meldungen, die sich auf die Sicherheit einzelner Gebäude bezogen (z.B. Brandschutzmaßnahmen).

Zu diesem Zweck wurde in einem iterativen Vorgehen für die ausgewählten Texte der sprachliche Kontext von Sicherheit mittels automatischer Codierungen bestimmt. Das Vorgehen umfasste die folgenden Schritte:

1. Lesen der Texte und Notieren von Begriffen, die häufig zusammen mit Sicherheit genannt werden
2. Automatische Suche nach diesen Begriffen im Text
3. Überprüfung der gefundenen Textstellen, ob tatsächlich der gesuchte Begriff, oder nur ein semantischer „Zwilling“ gefunden wurde (z.B. „Verordnung“ statt „Ordnung“, „gefahren“ i.S.v. mit dem Auto gefahren statt „Gefahr“ etc.) und Auswahl von relevanten Treffern
4. Codierung der entsprechenden Abschnitte mit dem gesuchten Begriff (z.B. Codierung aller Textpassagen, in denen „sauber“ oder „Saubерkeit“ vorkommt, mit dem Code „Saubерkeit“)
5. Suche in den Texten nach Synonymbegriffen, die zu einzelnen Codes hinzugefügt werden können
6. Überarbeiten von Codes anhand der Synonyme

Ein entscheidender Vorteil dieses Vorgehens gegenüber vollautomatischen Verfahren, die nur nach Formen eines einzigen Wortstamms suchen können, ist die Möglichkeit, selbst Begriffe zu bestimmen, die in einem bestimmten Kontext als „äquivalent“ gelten sollen. So wurden beispielsweise eine ganze Reihe von Begriffen unter dem Code „Terrorismus“ zusammengefasst, die von „Osama“ und „Terrorist“ bis hin zu „Anschlag“ und „Bombe“ reichten. Schließlich wurden Überlappungen der gefundenen Codes mit Hilfe des „Code-Relations-Browser“ bestimmt (vgl. Abbildung 3).

In Abbildung 3 ist für ausgewählte Codes die Anzahl der Abschnitte, in denen beide Codes gemeinsam auftreten, dargestellt. Die Matrix wird dominiert durch eine häufige Kookkurrenz von „Sicherheit“ und „Gefahr/Bedrohung“. Auf den ersten Blick scheint also Sicherheit (wenig überraschend) eng mit Gefahr verknüpft zu sein. Die zwei nachfolgend wichtigen Begriffskookkurenzen sind „Saubерkeit“ und „Kriminalität“.

Abbildung 3: Kookkurrenzmatrix zwischen Sicherheit und ausgewählten weiteren Codes

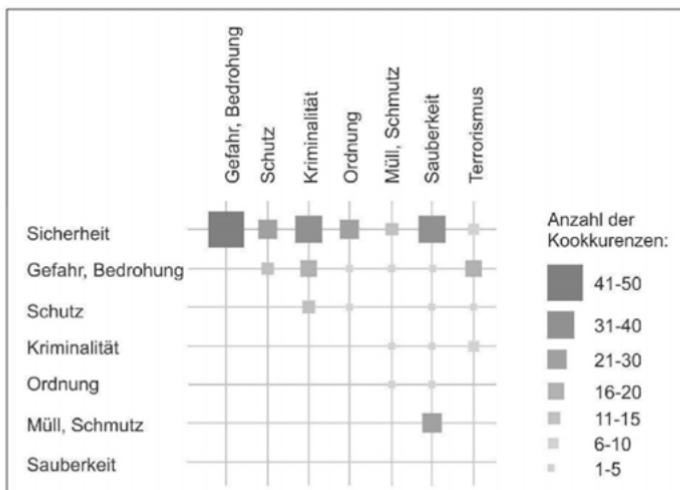


Abbildung 4: Kookkurrenzmatrix „Gefahr/Bedrohung“ (ohne „Sicherheit“)

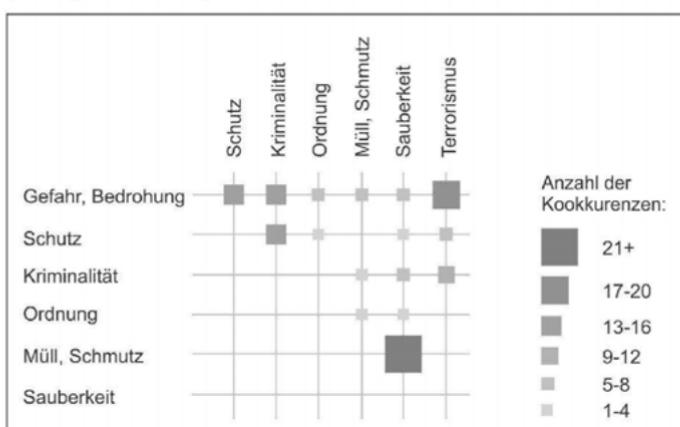
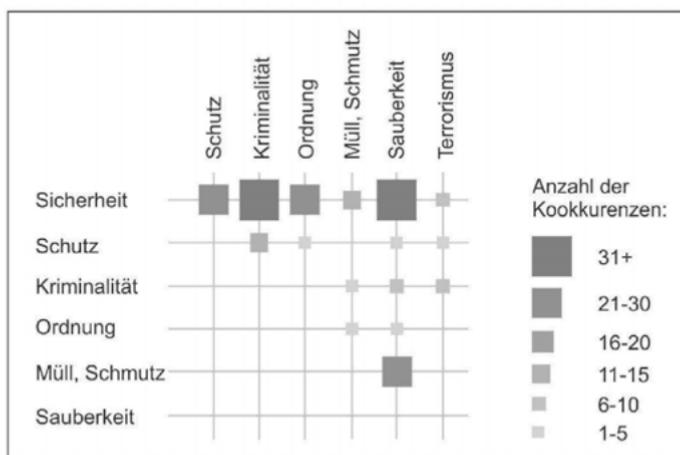


Abbildung 5: Kookkurrenzmatrix „Sicherheit“ (ohne „Gefahr/Bedrohung“)



In einem nächsten Schritt wurde die obere Matrix entzerrt, in dem jeweils einmal „Sicherheit“ und einmal „Gefahr/Bedrohung“ ausgeblendet wurde. Die mit diesen Begriffen einhergehenden Assoziationen unterscheiden sich deutlich: Die Matrix der gemeinsam mit „Gefahr/Bedrohung“ auftretenden Begriffe wird von der Verbindung mit „Terrorismus“ dominiert, gefolgt von „Kriminalität“ (vgl. Abbildung 4). Gefahr scheint also semantisch mit relativ harten Bedrohungen verbunden zu sein.

Die begrifflichen Assoziationen mit „Sicherheit“ werden hingegen in Abbildung 5 sichtbar. Hier zeigt sich deutlich, dass die Häufigkeiten des Auftretens zusammen mit „Sauberkeit“ und „Kriminalität“ in etwa gleichauf und deutlich vor den Kookkurenzen mit „Schutz“, „Gewalt“ und „Terrorismus“ liegen. Die beschriebenen Ergebnisse lassen sich im Rahmen des dargestellten Theoriekonzeptes folgendermaßen interpretieren:

Der Begriff der Sicherheit ist Teil einer Äquivalenzkette, die nicht allein Begriffe und Assoziationen einschließt, die sich

auf die Sicherheit der Bevölkerung im engeren Sinne beschränken, sondern auch weitere Bedeutungsebenen integriert, die in dem durch „Saubерkeit, Ordnung, Müll und Schmutz“ umrissenen semantischen Feld liegen. Innerhalb dieser Äquivalenzkette und der mit ihr verbundenen diskursiven Strukturen nimmt der Begriff „Sicherheit“ die Rolle des leeren Signifikanten ein. Dies wird dadurch deutlich, dass „Sicherheit“ häufig als Schlagwort auftritt, das ohne nähere Erläuterung verwendet wird und in unterschiedlichen Kombinationen mit weiteren Begriffen auftritt (Sauberkeit, Ordnung etc.), die alleine kaum als Ziel von Politik und Stadtplanung auftreten. Durch wiederholte gemeinsame Artikulation von Begriffen entsteht somit eine Äquivalenzkette, deren „kleinsten gemeinsamen Nenner“ Sicherheit darstellt. Laclau und Mouffe zufolge geht diese Rolle als leerer Signifikant mit einer Entleerung des Signifikanten von seinem ursprünglichen Sinn einher – eine Diagnose, zu der auch Beste (2000: 315) kommt: „Der Sicherheitsbegriff zeichnet sich [...] zunehmend durch eine gewisse selbstbezügliche Sinnentleerung aus“.

Über die Ursachen dafür, dass ausgerechnet „Sicherheit“ zum hegemonialen Knotenpunkt der beschriebenen Äquivalenzkette geworden ist und den „Mangel“, den die Sicherheitsdebatte in ihren unterschiedlichen Facetten zu schließen sucht, kann zunächst nur spekuliert werden. Ansatzpunkte liefern jedoch sozialwissenschaftliche Arbeiten über die Unsicherheiten auf unterschiedlichsten Bedeutungsebenen, die im Zuge der Globalisierung auftreten. So ist häufig die Rede von allgemeinen Gefühlen der Verunsicherung, sei es auf wirtschaftlicher Ebene, sei es durch die wachsende Präsenz von Fremden und Migranten, sei es durch das Gefühl, allgemein die Kontrolle über die eigene Lebenswelt verloren zu haben (vgl. z.B. Beck 1986). Viele dieser Ängste laufen in dem entleerten Sicherheitsbegriff und seinen assoziierten Bedeutungsäquivalenten zusammen: Sicherheit vor physischen Übergriffen, Sicherheit vor der Konfrontation mit Menschen, deren Anblick verunsichert oder verstört, Sicherheit davor, die Stadt könne den Anschluss an den internationalen Wettbewerb verlieren, Sicherheit vor dem Verlust allgemeingültiger Normen, Sicherheit davor, durch den Anblick von Armut und Verzweiflung mit

eigenen Befürchtungen vor Verlust des Arbeitsplatzes konfrontiert zu werden etc. Das heißt, ein sehr viele Facetten umfassendes allgemeines Gefühl der Verunsicherung und Bedrohung wird durch den leeren Signifikanten „Sicherheit“ repräsentiert, der zunächst nur *ein* Partikularinteresse unter vielen darstellt.

Dieser Interpretation folgend liegen die Ursachen für die Konjunktur der Sicherheitsdebatte sehr viel tiefer als in den Interessen des Einzelhandels oder anderen Akteuren begründet. Allerdings wäre es ein Missverständnis zu glauben, dass sich die Analyse daher auf abstrakte Makrostrukturen ohne Berücksichtigung konkreter Situationen beschränken muss. Die Frage nach der Rolle und Positionierung von Subjekten ist auch aus poststrukturalistischer Sicht keineswegs irrelevant oder obsolet, sondern wird nur aus einer anderen Perspektive neu formuliert: Statt zu fragen, wie Subjekte den Diskurs schaffen, lautet die Frage, wie der Diskurs die Subjekte schafft. Welche Subjektpositionen sind in bestimmten diskursiven Formationen angelegt, welche Mechanismen liegen der Herausbildung (der Illusion) von Identität zugrunde?

Auch bei der Konstitution von Subjekten im Diskurs kommt das gleiche Prinzip der Abgrenzung von einem antagonistischen „Anderen“, das die eigene Identität von der „Schließung“ abhält, zum Tragen, das oben bereits beschrieben wurde. Dieses Prinzip der diskursiven Konstitution von Identitäten kann anhand des Beispiels der Kontroversen um die Anwesenheit von Randgruppen im öffentlichen Raum exemplarisch verdeutlicht werden, das sowohl in der Kommunalpolitik als auch in der Wissenschaft kontrovers diskutiert wird. Diese Debatte stellt eines der Felder dar, in denen durch Artikulationen von unterschiedlichen Subjektpositionen aus das Verhältnis von Sicherheit und Sauberkeit und die damit verbundenen Implikationen ständig neu verhandelt werden. Ein Anlass, an dem die Kontroversen zu diesem Thema in Frankfurt a.M. aufflammten, war ein Antrag der CDU-Fraktion im Mai 2005 im Stadtrat, die Punkerszene aus der zentralen Einkaufsstraße Zeil zu vertreiben.

In einer Pressemitteilung mit dem Titel „Frankfurt soll noch sicherer werden – CDU-Fraktion bringt Sicherheits-

Initiativen auf den Weg“ wird die Position der CDU wie folgt beschrieben:

„Die Sicherheit der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger ist uns sehr wichtig und deshalb setzen wir uns dafür ein, dass unsere Stadt noch sicherer wird‘, so äußerte sich der Stadtverordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Sicherheit, Stephan Siegler, mit Blick auf die heute vorgestellten Sicherheits-Initiativen der CDU-Fraktion Frankfurt a.M.. „Für uns gehört beispielsweise zur Aufwertung der Zeil auch, dass neben baulichen Verbesserungen mehr für Sauberkeit und Sicherheit getan wird. Die sogenannte Punkerszene am Brockhausbrunnen ist schon lange nicht nur ein Ärgernis, sondern ein untragbarer Missstand, den wir endlich beenden wollen. Gerade in der nun wieder beginnenden wärmeren Jahreszeit findet eine wahre Belagerung des Brunnens mitten auf der Zeil statt. Eine ganz bestimmte Gruppe besonders verhaltensauffälliger Punker lässt sich dort in großer Zahl nieder. Neben dem Betteln, lassen diese ihre Hunde im Brunnen herumturnen und verunreinigen das Umfeld. Wir wollen, dass der Magistrat diese Szene auflöst, entweder mit einer Verbesserung der Gefahrenabwehrverordnung oder durch andere geeignete Maßnahmen. [...] Frankfurts Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf der Zeil zu Hause fühlen und nicht befangen und beklommen einen Bogen um diese Bereiche der Zeil machen müssen‘, so Siegler weiter“ (Siegler/Heil 2005).

Anhand dieses Zitats lassen sich einige zentrale Aussagen verdeutlichen:

Der Begriff der „Sicherheit“ dient zwar als zentrales Schlagwort, mit dem die Initiative eingeleitet wird, bezieht sich jedoch nicht auf den Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität oder einer sonstigen Bedrohung, sondern – wie in der Begriffsverweiterung auf „Sauberkeit und Sicherheit“ symbolisch bezeichnet wird – auf den Schutz vor der Konfrontation mit einer unangenehmen Situation oder einem unangenehmen Anblick (in diesem Falle einer Personengruppe, deren Anwesenheit als nicht zumutbar für die Frankfurter Bürgerinnen und

Bürger bewertet wird). Insbesondere wird durch die beiläufige und austauschbare Verwendung von Sauberkeit und Sicherheit die Äquivalenzrelation zwischen beiden Begriffen deutlich.

Möglich ist dies, weil die Punkerszene hier das antagonistische „Andere“ der Frankfurter Bürgerschaft verkörpert, die Punker sind das, was dafür sorgt, das Frankfurts Bürgerinnen und Bürger sich auf der Zeil nicht zu Hause fühlen, das, was sie von der Identifikation mit der Stadt abhält (insbesondere sind die Punker in die Bezeichnung „Frankfurter Bürgerinnen und Bürger“ nicht eingeschlossen). In der Abgrenzung von den Punkern formiert sich die Identität des Frankfurter Bürgers aus Perspektive der CDU-Fraktion: Der Bürger bettelt nicht, er lagert nicht, er ist nicht verhaltensauffällig und nicht unsauber. Mit dieser Abgrenzung wird vorübergehend eine Identität des „Frankfurter Bürgers“ hergestellt, die durch Rechtschaffenheit, Sauberkeit und Ordnung definiert ist (sich also innerhalb der oben beschriebenen diskursiven Formation, die durch den leeren Signifikanten „Sicherheit“ repräsentiert wird, verortet). Aus dieser Sicht müssen die Punker aus der Innenstadt entfernt werden, weil sie gerade das Gegenteil der so definierten Identität darstellen.

Doch innerhalb des Konflikts gibt es noch weitere Subjektivierungsweisen, die die Situation aus einer anderen Perspektive beleuchten. Der Antrag der CDU auf Verbannung der Punker von der Zeil wurde durch die PDS-Fraktion im Römer mit einem Gegenantrag beantwortet, der folgendermaßen argumentiert⁷:

„Die Vorlage NR 1850 der CDU-Fraktion mit dem Titel „Punkerszene am Brockhausbrunnen auflösen“ wird abgelehnt. Die Stadtverordnetenversammlung weist die Absicht

⁷ Auf den Antrag der CDU-Fraktion wurde auch von den Grünen und der SPD mit Gegenanträgen geantwortet, die sich ebenfalls gegen die Verschärfung von Maßnahmen und für ein allgemeines Aufenthaltsrecht einsetzen. Der Antrag der PDS-Fraktion wurde herausgegriffen, da die Mechanismen der Abgrenzung hier am deutlichsten zutage treten.

der CDU-Fraktion entschieden zurück, die Grundrechte der Versammlungsfreiheit und Freizügigkeit für eine bestimmte Personengruppe willkürlich einzuschränken.

Begründung:

Auch Kommunalpolitiker und -politikerinnen der CDU rühmen Frankfurt in Sonntagsreden gern als tolerant und weltoffen. Der vorliegende Antrag offenbart, was darunter zu verstehen ist: Nach dem Willen der CDU soll unsere Stadt nur für den Teil der Welt offen sein, der äußerlich und innerlich in die engstirnige Vorstellung einer konservativen ‚deutschen Leitkultur‘ passt. Alle übrigen – gleichgültig ob mit oder ohne deutschen Pass – sollen aus dem Straßenbild und der Gesellschaft verdrängt werden.

Schlimmer noch: Die Vorlage der CDU-Fraktion zielt kaum verhohlen darauf, die Frankfurter Innenstadt von Menschen zu ‚säubern‘, deren Kleidung, Verhalten und Weltanschauung nicht den Vorstellungen der CDU-Fraktion entsprechen. Das Ansinnen an die Stadtverordnetenversammlung, willkürlich zu selektieren, wer sich in der Innenstadt aufhalten darf und wer nicht, ist ungeheuerlich. Die Stadtverordnetenversammlung muss deutlich zum Ausdruck bringen, dass sie diesen Versuch der Einschränkung der Grundrechte der Versammlungsfreiheit und der Freizügigkeit verurteilt. Sie muss diesem Antrag, der den Bruch des Grundgesetzes in Kauf nimmt, eine klare Absage erteilen“ (PDS 2005).

Auch in diesem Zitat wird eine Äquivalenzkette zwischen unterschiedlichen Begriffen und Positionen hergestellt: die Vertreibung der Punker wird in den Zusammenhang von Ausländerproblematik und der Diskussion um deutsche Leitkultur gestellt. Der Begriff der „Säuberung“ der Innenstadt von bestimmten Personengruppen schließt semantisch an „ethnische Säuberungen“ an. Die Ausweisung der Punker aus der Innenstadt steht somit in einer Linie mit Ausländerfeindlichkeit und ethnischer Diskriminierung und Vertreibung – kurz, mit Inhalten, die als nicht demokratisch und rechtsstaatlich gelten. In der Abgrenzung von diesem „Anderen“, das rassistisch, ausländerfeindlich und willkürlich ist, formiert sich eine demo-

kratische Identität, die durch den Widerstand gegen diese anti-demokratischen Strömungen gekennzeichnet ist. Die Punker in der Innenstadt werden durch diese Äquivalenzrelation zum Symbol für Demokratie, die Vertreter ihrer Interessen in der Politik zu „Demokraten“.⁸

Auch hier bedroht die andere Seite scheinbar die eigene Identität – die Bemühungen der CDU, die Punker zu entfernen, scheint das demokratische Miteinander in der Stadt zu untergraben. Die Abgrenzung gegen die CDU ist aber gleichzeitig die Basis für die Herausbildung der demokratischen Identität der PDS.

Die Beispiele machen ein Grundproblem politischer Aushandlungsprozesse deutlich: Da die Konstitution von Identität immer auf der Abgrenzung von einem antagonistischen „Anderen“ beruht, müssen sich die unterschiedlichen Parteien im Konflikt „notwendig verfeheln“ (vgl. Angermüller 2005). Denn jede Seite interpretiert ja in ihr Gegenüber all die Dinge hinein, die das „Negativum“ der eigenen Identität darstellen. Das angesprochene Gegenüber hingegen formiert sich selbst durch wieder andere Abgrenzungsprozesse – aber nicht als „untragbarer, verhaltensauffälliger Missstand“ (wie im Falle der Punker) oder als „ausländerfeindliche, engstirnige Anti-Demokraten“ (wie im Falle der CDU). Ein Habermas’scher Konsens zwischen a priori bestehenden politischen Subjekten, die konsensorientiert über Lösungen verhandeln, ist daher unmöglich.

8 Die politische Abgrenzung wird von einer weiteren Bedeutungsebene überlagert, auf der eine Abgrenzung stattfindet, die eher im Bereich der Lebensstile liegt: Engstirnigkeit, Konservativität und Spießigkeit stehen hier Weltoffenheit und Toleranz gegenüber.

Politische Implikationen und Relevanz

Postmodernen Arbeiten wird häufig vorgeworfen, sie seien beliebig und unpolitisch und würden für ein undifferenziertes „anything goes“ plädieren. Um diesen Vorwurf zu entkräften gilt es, die Gewinn- und Verlustrechnung dieses Ansatzes einer näheren Betrachtung zu unterziehen:

Zunächst einmal bedeutet eine poststrukturalistische Perspektive die Verabschiedung vom Glauben an absolute Wahrheiten, an kontext- und zeitunabhängige Bedeutungen, an die Gültigkeit allgemeiner normativer Werte und – wie gezeigt – auch an die Existenz von „Klassenidentitäten“ oder allgemeiner: an das Subjekt der Aufklärung als solches. Damit ist eine Offenheit gewonnen, die es nicht nur erlaubt, konkrete Bedeutungszuweisungen (etwa die Assoziation von Sicherheit mit Sauberkeit oder von Sicherheit und Sauberkeit mit Vertreibung von Randgruppen) zu hinterfragen, sondern auch gängige *wissenschaftliche* Erklärungsmuster in Frage zu stellen. Die Unterschiede zu den beiden wichtigsten Ansätzen seien hier noch einmal kurz umrissen.

Marxistisch-strukturalistische Sichtweisen gehen davon aus, dass ökonomische Prozesse Gesellschaft strukturieren und politische (Klassen-)Identitäten hervorbringen. Die Analyse diskursiver Prozesse aus marxistischer Perspektive versteht sich in der Regel als Ideologiekritik die es zum Ziel hat, die „realen“ ökonomischen Gesetzmäßigkeiten offen zu legen. Diese Essentialisierung und der mit ihr einhergehende ökonomische Determinismus machen es allerdings unmöglich, die *Notwendigkeit* der untersuchten wirtschaftlichen Zusammenhänge in Frage zu stellen und ihre Kontingenz aufzuzeigen (wie bereits erwähnt, ist dies nicht zu verwechseln mit der Aussage, dass ökonomische Prozesse keinen Einfluss hätten). Ein Beispiel hierfür sind die Auswirkungen der Globalisierung, die sich beispielsweise in verstärktem Standortwettbewerb der Städte untereinander und den damit verknüpften „Aufräumarbeiten“ in Städten äußern. Denn auch Globalisierung und ihre Folgen passieren nicht einfach, sondern werden gemacht, d.h. haben eine politische Dimension, die durch eine ausschließliche

Fixierung auf „ökonomische Gesetzmäßigkeiten“ aus dem Blickfeld gerät. „Presented as driven exclusively by the information revolution, the forces of globalization are detached from their political dimensions and appear as a fate to which we all have to submit. So we are told that there are no more left-wing or right-wing economic policies, only good and bad ones!“ (Laclau/Mouffe 2001: xvi)

Die zweite „Metaerzählung“, die häufig in Überlappung mit marxistisch-strukturalistischen Argumentationsmustern auftritt, ist die der Akteure, die Eigennutzen orientiert und häufig mit strategischer Absicht mittels sprachlicher Äußerungen versuchen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Ohne hier auf die Kritik autonomer Subjekte noch einmal ausführlich eingehen zu können, sei nur betont, dass die Annahme eines außerhalb des Diskurses stehenden Subjektes weder aus erkenntnistheoretischer Sicht schlüssig ist, noch der empirischen Beobachtung Rechnung trägt, dass in heutigen Gesellschaften Individuen (abhängig von der konkreten Situation in der sie sich befinden), nicht immer „die Gleichen sind“ (vgl. Pütz 2003).

Diese Abkehr von Essentialismen und letzten Wahrheiten – seien sie in sozio-ökonomischen Strukturen oder in Subjekten beheimatet – führt jedoch nicht notwendig in eine postmoderne Beliebigkeit. Vielmehr hat die vorangegangene Analyse gezeigt, dass diskursive Identitäten zwar nicht stabil sind, jedoch in politischen Prozessen unumgänglich. Die Herausbildung dieser Identitäten beruht immer auf einer Abgrenzung nach außen (symbolisiert durch leere Signifikanten), die die Grundvoraussetzung ist, um zumindest zeitweise eine gewisse Stabilität zu erzeugen. Daraus folgt unmittelbar, dass hegemoniale Formationen zwar nicht notwendig sind in Bezug auf ihre *Form* (d.h. ihre jeweilige Ausprägung ist kontingent), sehr wohl aber in Bezug auf ihre *Existenz*. In anderen Worten: Ohne den Versuch, zumindest zeitweilig eine Einigung über den Rahmen bzw. die Grenzen politischer Aushandlungsprozesse zu erlangen, ist Politik nicht möglich (vgl. Laclau/Mouffe 2001).

Im Beispiel wurden solche unterschiedlichen Abgrenzungen einmal durch die diskursive Formation, die durch „Sicher-

heit“ symbolisiert wurde, verdeutlicht, zum anderen durch einen Gegenentwurf, in dessen Mittelpunkt Demokratie stand. Beide Formationen sind nach unterschiedlichen Regeln strukturiert und beruhen auf sehr unterschiedlichen Äquivalenzketten, jedoch wird in beiden Fällen die „innere Reinheit“ der diskursiven Formation (vgl. Stäheli 2000) durch die Grenzziehung nach außen gewährleistet.

Nimmt man diesen Gedankengang ernst, so hat dies zur Konsequenz, dass es zwar keine Werte und Normen gibt, die *a priori* bestehen, dass aber der ständige Versuch, diese zu etablieren, für gesellschaftliches und politisches Miteinander unabdingbar ist. Eine solche Sichtweise fordert die ständige Neuverhandlung der bestehenden hegemonialen Deutungsmuster und eine damit verbundene Pluralisierung von Machtkämpfen, die teilweise an sehr unterschiedlichen und widersprüchlichen Orten stattfinden. Sie tritt somit ein für eine Schulung des Bewusstseins für bestehende Machtkonstellationen, für eine wehrhafte und bewusst sich für bestimmte Werte einsetzende Form von Demokratie – die sich allerdings dessen bewusst ist, dass kein Wert und keine Norm absolut oder unverhandelbar sind.

Fazit

In der Geographie haben in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten auf die gesellschaftliche Verfasstheit räumlicher Strukturen und die Kontingenz ihrer Bedeutungszuschreibungen hingewiesen. Erklärungen, die diese Zuschreibungen und räumlichen Erscheinungsmuster auf zugrunde liegende soziale oder wirtschaftliche Strukturen oder auf das Handeln von Akteuren zurückführen, greifen aus poststrukturalistischer Perspektive jedoch zu kurz. Denn auch ökonomische Gesetzmäßigkeiten und politische Subjekte bestehen nicht außerhalb diskursiver Prozesse, sondern werden erst in diesen ständig neu konstituiert.

Der vorliegende Beitrag hat am Beispiel der Diskussion um Sicherheit im öffentlichen Raum versucht, ein Erklärungsmodell vorzustellen, welches es ermöglicht, Konflikte und Aushandlungsprozesse um öffentlichen Raum zu denken, ohne dabei auf Akteure oder Strukturen zurückgreifen zu müssen. Dabei hat sich gezeigt, dass das zentrale Muster, anhand dessen hegemoniale diskursive Formationen gebildet und stabilisiert werden, die Abgrenzung von einem antagonistischen „Außen“ ist, und dass dieser Mechanismus auch der Artikulation von Subjekten im Diskurs zugrunde liegt.

Eine solche anti-essentialistische Positionierung führt jedoch nicht zu einer undifferenzierten *anything goes*-Haltung und politischer Sprachlosigkeit, sondern setzt sich für ein Bewusstsein dafür ein, dass politische Werte und Normen nicht selbstverständlich sind, sondern eines ständigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses bedürfen.

Literatur

Angermüller, Johannes (2005): Diskurs als Aussage und Äußerung. Die enunziative Dimension in den Diskurstheorien Michel Foucaults und Jacques Lacans. (Unveröffentl. Manuskript).

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Belina, Bernd (1999): „Kriminelle Räume“ – Zur Produktion räumlicher Ideologien. *Geographica Helvetica* 54 (1), S. 59-66.

Belina, Bernd (2003): Kultur? Macht und Profit! – Zu Kultur, Ökonomie und Politik im öffentlichen Raum und in der Radical Geography. In: Hans Gebhardt/Paul Reuber/Günter Wolkersdorfer. *Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen*, Heidelberg/Berlin: Spektrum, S. 83-97.

Beste, Hubert (2000): *Morphologie der Macht. Urbane „Sicherheit“ und die Profitorientierung sozialer Kontrolle*, Opladen: Leske + Budrich.

Bundeskriminalamt Wiesbaden (2003): *Polizeiliche Kriminalstatistik 2003*. www.bka.de/pks/pks2003/index2.html (Download am 01.06.2005).

CDU Frankfurt a.M. (o.J.): *Kommunalwahl-Programm der Frankfurter CDU für die Wahlperiode 2001-2006*. www.cduffm.de/bilder/pdf/agenda2001-06.pdf (Download 03.06.2005).

Dobroschke, Wolfhard (2004): Leben in Frankfurt a.M. – Ergebnisse der Bürgerbefragung 2003. *Frankfurter Statistische Berichte* (1), S. 37-53.

Foucault, Michael (1973): *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Frankfurter Rundschau (2001): „Wenn ich die Wahl gewinne, dann ...“. Nr. 54, 05.03.2001.

Frankfurter Rundschau (2002): „Weil es einfach schön ist in Frankfurt a.M.“. Nr. 66, 19.03.2002.

Laclau, Ernesto (1990): *New reflections on the revolution of our time*, London: Verso.

Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*, London: Verso.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London: Verso.

Müller-Urban, Kristiane (2001). Frankfurt a.M., DuMont-Reise-Taschenbuch, Köln: DuMont.

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS): Antrag Nr. 1881. www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1881_2005.pdf (Download am 01.06.2005).

Präventionsrat Stadt Frankfurt a.M. (2000): *Geschäftsbericht 2000*. www.gewalt-sehen-helfen.de/Geschaeftsbericht_2000.pdf (Download 03.06.2005).

Pütz, Robert (2003): Kultur und unternehmerisches Handeln – Perspektiven der „Transkulturalität als Praxis“. *Petermanns Geographische Mitteilungen* 147 (2), S. 76-83.

Ronneberger, Klaus/Lanz, Stephan/Jahn, Walther (1999): *Die Stadt als Beute*, Bonn: Dietz.

Siegler, Stephan/Heil, Astrid (2005): Frankfurt soll noch sicherer werden. CDU-Fraktion bringt Sicherheits-Initiativen auf den Weg. Pressemitteilung der CDU-Fraktion Frankfurt vom 02.05.2005. www.cdu-fraktion-ffm.de/pressemitt.php?ausschuss=10 (Download am 15. 06. 2005).

Stadt Frankfurt a.M., Homepage. www.frankfurt.de/sis (Download am 01.06.2005).

Städtetag Nordrhein-Westfalen (1998): Vorbericht für die Sitzung des Arbeitskreises „Öffentliche Sicherheit und Ordnung deutscher Großstädte“. www.staedtetag-nrw.de/mitglied/pages/v_sichnm.htm (Download 01.06.2005).

Stäheli, Urs (2000): Poststrukturalistische Soziologien, Bielefeld: transcript.

Stavrakakis, Yannis (2000): On the emergence of Green ideology: The dislocation factor in Green politics. In: David Howarth/Aletta Norval/Yannis Stavrakakis (2000): Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change, Manchester: Manchester University Press, S. 100-118.

Wehrheim, Jan (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen: Leske + Budrich.

Wilson, James/Kelling, George (1982): Broken Windows – The Police and Neighborhood Safety. *The Atlantic Monthly* 82 (3), S. 29-39.

Zizek, Slavoj (1990): Beyond Discourse Analysis. In: Ernesto Laclau: New reflections on the revolution of our time, London: Verso, S. 249-260.